

Lh

Argentinienbesuch des Direktors der Handelsabteilung EVD
vom 5. bis 12. August 1966

I. Einige allgemeine Eindrücke

Das Regime Illia ist offenbar wegen seiner ungenügenden Aktivität sowohl in der Wirtschafts- als auch Innenpolitik gestürzt worden. Die Regierungsequipe war allerdings infolge der heillosen politischen Zersplitterung in Argentinien in ihrer Handlungsfähigkeit stark eingeschränkt. Aber auch intellektuell machte sie einen eher mässigen Eindruck.

Die grosse Mehrheit des Volkes scheint die Machtübernahme durch Generalleutnant Ongania begrüsst zu haben. Man nimmt allgemein an, dass Präsident Ongania fest im Sattel sitzt; nicht nur, weil er das Vertrauen der Militärs hat, sondern auch weil er eine Autorität ausstrahlt, rasch handeln kann und weiss, wo er zugreifen muss, um Widerstände zu beseitigen. Zudem sieht man vorderhand keinen anderen Ausweg, um das Land einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Die militärischen Hauptstützen von Ongania sollen sehr nationalistisch und wenig liberal sein. Trotzdem hat Ongania eine liberal und weltwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsequipe in die Regierung berufen. Sie stammt aus dem sozial fortschrittlichen liberal-konservativen katholischen Milieu. Viele stellen sich daher die Frage, wer eigentlich den entscheidenden Einfluss auf den Präsidenten ausübe. Es wird vermutet, dass dieser im Rahmen der Kirche zu suchen sei.

Dieser Hinweis ist nicht ganz unwichtig, da er hoffen lässt, dass selbst wenn die jetzige Wirtschaftsequipe wegen raschen Verschleisses ausgewechselt wird, die grundlegende Orientierung bestehen bleibt und nicht unbedingt eine Hinwendung zu einer entgegengesetzten Orientierung erwartet werden muss.

Der Präsident möchte die Beseitigung der heillosen politischen Zersplitterung des Landes erreichen. Die Aufgaben - so erklärte er - seien so gross, dass sie nur von einer handlungsfähigen Regierung, die nicht jedes Jahr unter der Furcht entscheidender Wahlen stehe, gelöst werden könnten. Das Land brauche eine Verlagerung der Autorität vom Parlament auf die Regierung und genügend lange Wahlperioden, damit eine Regierung in Ruhe die gewaltigen Probleme meistern könne. Kurz, es brauche eine eigentliche Umstrukturierung der politischen Institutionen. Auch auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik sei eine Richtungsänderung notwendig.

Es war vor allem der Aussenminister, der sich etwas näher über die wirtschaftliche Umstrukturierung ausliess und dabei insbesondere folgendes geltend machte:



Die argentinische Wirtschaft und Gesellschaft ist durch die Krise der Dreissigerjahre und des Zweiten Weltkrieges sowie die daran anschliessende Devisenknappheit stark verändert worden. Infolge der Absatzschwierigkeiten für Agrarprodukte ist das Land gezwungen gewesen, sich rasch hinter einer immer höheren Schutzmauer zu industrialisieren. Dabei ist es nicht möglich gewesen, sich auf den Weltmarkt auszurichten, so dass heute die Industrie nicht den gewünschten Grad an Spezialisierung, Qualität und Produktivität aufweist. Zugleich ist auch die Gesellschaft immer mehr von einer Agrar- zu einer Industriegesellschaft geworden. Die reiche Agrarwirtschaft muss die Last der Industriegesellschaft tragen und das Resultat ist für beide unbefriedigend. Das reiche Agrar-Argentinien ist zu einem höchst mediokren Industrieland geworden. Es gilt allmählich, die Industrie international konkurrenzfähig zu machen und der Landwirtschaft vermehrten Spielraum für Investitionen zu geben. Dazu ist eine liberale Aussenwirtschaft notwendig.

In der Politik sind noch starke Traditionen des Agrar-Feudalismus vorhanden, die ihren Ausdruck auch darin finden, dass jede Partei möglichst viele ihrer Anhänger (Vasallen) in die Administration und die staatlichen Betriebe steckt.

Es müssen vor allem die staatlichen Betriebe abgebaut werden, die mit ihrem riesigen Defizit eine ständige Inflationsquelle darstellen.

Der Wirtschaftsminister hat später diese Auffassung grosso modo bestätigt.

Die Wirtschaftsequipe macht einen ausgezeichneten Eindruck sowohl bezüglich der Grundsätze, zu denen sie sich bekennt, als auch in bezug auf ihre intellektuelle Fähigkeit und persönliche Integrität.

Die argentinischen Wirtschaftsführer, mit denen der Berichterstatter Fühlung nehmen konnte, scheinen die regierende Wirtschaftsequipe ebenfalls günstig zu beurteilen.

Die unmittelbaren Aufgaben, die die Regierung auf wirtschafts-politischem Gebiete lösen muss, sind: Die Reduzierung des Budgetdefizites der Zentralregierung, das sich für 1966 auf 160 Milliarden Pesos (3,2 Milliarden Franken) stellt. Dabei ist das argentinische Nationaleinkommen kleiner als das schweizerische. Von den 160 Milliarden entfallen allein 90 Milliarden auf die Eisenbahnen und 10 Milliarden auf andere Staatsbetriebe. Die Eisenbahnen haben 100'000 Arbeitskräfte zuviel. Nunmehr sollen pro Monat 5000 entlassen werden.

Die Reduktion des Budgetdefizites ist zugleich auch das Hauptkampffeld gegen die Inflation, denn diese ist zur Hauptsache auf dieses durch die Notenpresse und Kreditexpansion finanzierte Defizit zurückzuführen. Die Regierung getraut sich nicht, schlagartig vorzugehen, da die Wirtschaft in einer Reihe von Sektoren unterbeschäftigt ist.

Die Reduktion der vom Staate bezahlten unproduktiven Arbeitskräfte und die Reduktion der Staatsansprüche an die "Sparquote" zur Defizitdeckung sind zugleich die Voraussetzung, um die Wirtschaft produktiver zu gestalten. Insbesondere ist eine Vermehrung der privaten Investitionen notwendig. Wichtig scheint auch eine Verbesserung der Energie- und Petroleumversorgung zu sein. In beiden Sektoren hat die vorangegangene Regierung Unordnung gestiftet und das internationale Vertrauen untergraben.

Eine wichtige Aufgabe liegt darin, den Wettlauf zwischen Preisen und Löhnen zu bremsen.

Die neue Equipe hat noch kein umfassendes wirtschaftspolitisches Detailprogramm verkündet, denn sie wurde überraschend ans Steuer gerufen und konnte sich vorher nicht vorbereiten. Nunmehr braucht sie einige Zeit für ein kohärentes Programm.

Viele Beobachter aus der Wirtschaft sind der Meinung, die Regierung hätte sofort tiefgreifende Veränderungen beschliessen müssen, denn nunmehr könnten die Gegner ihre Kräfte mobilisieren. Die Schlacht sei deshalb schon halb verloren.

Andere wiederum sind der Auffassung, die Regierung müsste spätestens im Herbst handeln, und zwar ungefähr wie folgt: Vornahme einer massiven Abwertung, um den Industrieschutz abbauen zu können. Die Landwirtschaft sollte teilweise von der Abwertung profitieren können, um ihre Produktion auszudehnen; ein Teil der Abwertungsvorteile müsse jedoch durch eine Export-Steuer weggesteuert werden, da die Landwirtschaft produktiver sei als die Industrie. Diese Steuer würde dann auch mithelfen, die Staatsfinanzen zu sanieren. Zugleich müsse der Budgetausgleich durch radikale Sanierung der Verkehrsbetriebe gefunden werden.

Solche Massnahmen würden argentinisches Kapital zurückbringen (es wird behauptet, es lägen 3 - 6 Milliarden \$ argentinisches Kapital im Ausland). Dies würde es gestatten, die Einfuhr stärker zu liberalisieren und den inneren Preis- und Lohnauftrieb zu bremsen.

Wenn die Regierung dies nicht tue, so sei die Wirtschaftsequipe bald verbraucht und müsse ausgewechselt werden.

II. Spezifisch schweizerische Probleme

1. Italo-Argentina (Cia) 1)

Die neue Regierung ist der Cia wohlgesinnt, denn sie möchte innerhalb der Public Utilities einen starken Akzent auf die privaten Betriebe legen.

1) Zu 70% schweizerisch beherrschte Elektrizitätsgesellschaft

Sie ist bereit, die über die Cia von der vorhergehenden Regierung verhängten Bussen zu reduzieren oder zu streichen. Sie hat auch bereits eine Tarifierhöhung bewilligt, die über die Anträge der Cia hinausgehen und der Cia gestatten, die Finanzlage relativ rasch zu verbessern. Sie ist bereit, der Gesellschaft die staatlichen Garantien für fremde Kapitalien zum weiteren Ausbau zu gewähren. Sie hat die Verhandlungen bezüglich der technischen und kommerziellen Zusammenarbeit zwischen Segba) und Italo stark vorwärts getrieben. Sie prüft, ob nicht den Lieferanten der Italo die gleichen Rediskontmöglichkeiten eingeräumt werden könnten wie denjenigen der Segba (Zentralbank-Zirkular B 374).

Dagegen möchte die Regierung die Cia nicht kaufen, da dies gegen ihre Politik des Abbaues der Staatsbetriebe ist. Anders würde allerdings die Situation für die Regierung aussehen, wenn die Cia-Aktionäre Segba-Aktien übernehmen, denn dies wäre zugleich der Beginn der Reprivatisierung der Segba.

Ein ernsthaftes Problem stellt sich deshalb, weil die Regierung unbedingt die Energieinstallation um 200 Megawatt ausdehnen möchte, und zwar durch Realisierung der zweiten Ausbaustufe der Cia. Sie möchte aber, dass die Cia sich die Finanzen im Ausland beschafft, ohne die Finanzierungsmöglichkeiten der Segba zu gefährden.

Die Italo hofft das Geld von der Weltbank oder der Interamerikanischen Bank zu erhalten. Die argentinische Regierung sieht dieses Bestreben nicht gerne, da sie die Kredite der internationalen Institutionen für die Segba reservieren möchte. Staatssekretär Gotelli hat aber versprochen, keinen aktiven Widerstand zu leisten, sofern die Italo bei der Weltbank oder Interamerikanischen Bank Erfolg habe. Sie würde auch die Staatsgarantie geben, aber mit einer eigentlichen aktiven Unterstützung durch die argentinische Regierung könne die Cia nicht rechnen.

Der Berichterstatter präsentierte alle Argumente, um darzulegen, warum gegenwärtig der schweizerische Kapitalmarkt der Cia nicht offen ~~stehe~~ ^{* frühere} und dass dies die Folge des Verhaltens der ^{* argentinischen} Regierung sei. Er liess aber durchblicken, dass sich vielleicht später, wenn sich das Vertrauen wieder gestärkt habe, neue Möglichkeiten zeigen würden. Für den Moment komme vielleicht eine Kombination zwischen 10-jährigem ERG-gesicherten Lieferantenkredit und einer langfristigen Kreditgewährung der Weltbank in Frage, wie dies für den Elektrizitätsausbau von Mexiko vorgesehen sei. Dieser Vorschlag scheint das argentinische Interesse an einer Weltbankfinanzierung für die Cia wieder etwas geweckt zu haben.

Nach neueren Informationen scheint es nicht ganz ausgeschlossen zu sein, dass die Cia bei weiterer Einhaltung der Tarifbestimmungen des Konzessionsvertrages durch die argentinische Regierung die 200 Megawatt-Installation bei 10-jährigen Lieferantenkrediten aus eigener Kraft amortisieren könnte und zusätzliche Finanzierungen nur für den

1) Die Segba ist die staatlich gebildete Uebernahme-Gesellschaft für die frühere Cade, an der die Schweiz via Sodec zu 40% beteiligt war.

Netzausbau notwendig wären. Vielleicht dass sich auch dieser Netzausbau etwas verschieben liesse.

Staatssekretär Gotelli bestätigte, dass die Cia nicht zur Expansion gezwungen würde, wenn sie sich die dazu notwendigen Finanzen nicht sichern könnte. Dagegen würde sich das Ansehen der Cia und ihre Stellung als Unternehmen sehr schwächen (für weitere Einzelheiten wird auf die Zusammenfassung der Erklärungen Gotellis im Anhang dieses Berichtes verwiesen); wenn sie zur Stagnation verurteilt wäre.

2. An einer Arbeitssitzung im Wirtschaftsministerium wurden insbesondere auch folgende Fragen näher erörtert:

Einfuhrregime für Kapitalgüter;
Preise für Pharmazeutika;
Golduhren-Einfuhren;
Textileinfuhren;
Versicherungsverkehr;
Investitionsabkommen.

Die argentinische Stellungnahme zu diesen Problemen befindet sich im Anhang zu diesem Bericht.

3. Der Berichterstatter verzichtet darauf, den Inhalt der zahlreichen Besprechungen hier wiederzugeben. Die repräsentativsten Meinungsäusserungen gehen aus dem Anhang hervor.

Dr. Stopper